

Liebe Freunde!

Trotz der voranschreitenden Entwicklung der Demokratie im August 2005, **sind Waffen in Burundi noch sehr verbreitet**. Sie werden von gewalttätigen Banden und kleinen Gruppen verwendet, die in der Nacht auf Raubzug gehen, entweder von ehemaligen Militaristen oder von Rebellen, die nach dem Ende des Krieges nach Hause gekommen und noch auf der Suche nach Arbeit sind oder von Jugendlichen, die wegen der schrecklichen Kriegsszenen, die sie erlebt haben, noch immer psychologisch gestört sind. Die Massaker, die schrecklichen Taten und der 14-jährigen Bürgerkrieg haben die Bevölkerung Burundis so arm gemacht, dass **heute der bewaffnete Konflikt häufig als einziges Mittel erscheint, um aus der extremen Armut herauszukommen**. Das steigert einerseits die Gewalt, die Korruption und die Kriminalität; **andererseits verlangsamt es den Prozess der Versöhnung und der demokratischen Bewusstseinsbildung Burundis**.

Heute ist der Krieg aus. Es erscheint wesentlich, dass sich die neue Regierung durch konkrete Maßnahmen für die totale Entwaffnung des Landes einsetzt. Die Burundi wollen ein sichtbares Zeichen für einen konkreten Demokratisierungsprozess sehen, der nur durch die Entwicklung eines tiefen Vertrauens zwischen den Einwohner selbst sowie zwischen Einwohnern und Politikern stattfinden kann.

Wir setzen uns also ein:

- **für die Wiederaufnahme der Entwaffnungsverhandlungen der Bevölkerung Burundis, die schon von der UNO im Jahr 2004 initiiert wurden, und**
- **für die lückenlose Kontrolle des Waffenimports und -exports im gesamten Staatsgebiet.**

Unterstütze uns und unterschreibe den Brief (siehe unten!): Er wird **am 15. Dezember 2007** dem Präsidenten Burundis, den Vertretern der politischen Parteien und zum Erkenntnis noch den Außenministern der europäischen Staaten geschickt, um auch ihre Unterstützung zu bekommen!

Pater Claudio Marano und die 28.000 Angemeldete des **Jugendzentrums Kamenge**

Sehr geehrter Herr Staatspräsident der Burundischen Republik,

mit großer Freude wurde der demokratische Prozess, der durch das Arusha-Abkommen und die darauf folgenden freien Wahlen im August 2005 angefangen wurde, von den Bürgern Europas und anderer Länder der Welt, die die Angelegenheiten Burundis seit Jahren kennen und verfolgen, empfangen. Die Lage der politischen Stabilität der vergangenen Jahre lässt uns hoffen, dass die Entwicklung für die Bevölkerung der Nordviertel Bujumburas und das gesamte Land Burundi solide und dauerhaft ist. Alle Bemühungen der jetzigen Regierung in Richtung Versöhnung und Demokratisierung des Landes sind schätzenswert.

Das burundische Volk legt dabei großen Mut an den Tag: Tag für Tag versuchen die Burundier gemeinsam ihre große Angst und das Misstrauen zu überwinden, die die Jahre des Bürgerkrieges unter der Bevölkerung gesät haben. Obwohl der Großteil von ihnen viel Unrecht erfahren hat, stellt die ihn Bevölkerung momentan beiseite, um dieses Kapitel endlich abzuschließen und einer friedlichen Zukunft entgegen sehen zu können. Es gibt noch viele Fragen, die die Leute stellen werden, um die Vergangenheit erklären und rechtfertigen zu können. Doch diese Fragestellungen müssen angegangen werden, wenn die Burundier ein gänzlichliches Vertrauen ihrem Land, ihrer Politiker, aber auch ihrer selbst und ihrer Nachbarn gegenüber erlangt haben werden.

Das, was heute am wichtigsten ist, ist der absolute Frieden und der Kampf gegen jegliche Form von physischer und moralischer Gewalt. Dies ist eine Forderung, die direkt von den Jugendlichen und Erwachsenen aus den Nordvierteln kommt, die sich begierig wünschen, sich endlich in ihren Vierteln und Dörfern ruhig aufhalten und herumgehen zu können. Diese Forderung wird auch auf internationaler Ebene unterstützt.

Aus diesem Grund wenden wir uns in aller Hochachtung an Sie und die hohen Repräsentanten der politischen Parteien. Noch zu häufig erreichen uns aus Burundi Nachrichten über unnötige Tötungen, die aus banalen Gründen oder ohne Rechtfertigung von bewaffneten Gruppen, Räuberbanden, ehemaligen Soldaten und Rebellen des nachts verübt werden. Das letzte Ereignis trug sich am 7. Mai zu, als Herr Jérôme Nintereste, höchster Repräsentant des Centre Jeunes Kamenge, seit 1992 beharrlicher Förderer der Wege zum Frieden, zusammen mit seiner Frau und seinem Kind ermordet wurde.

Es ist unerfreulich zu erfahren, dass die Tötungsvorfälle auch im Inneren des Landes noch sehr häufig vorkommen, wo jede Woche Leute oder ganze Familien aus Rache oder wegen wirtschaftlicher Motive umgebracht oder bedroht werden, so dass sie fliehen müssen. Es gibt noch zu viele Beispiele des Waffengebrauchs von Seiten der Polizei und des Militärs, den wir unangebracht halten und durch den die Bürger – so wird uns angetragen – erschreckt werden.

Lieber Präsident und liebe Repräsentanten der politischen Parteien Burundis, wir bitten Sie, indem wir Ihnen unsere höchste Mitarbeit und Unterstützung anbieten, **um die Wiederaufnahme der Arbeiten zur gesamten Entwaffnung Burundis und um eine durchgehende und tief greifende Kontrolle des illegalen Waffenverkehrs, der weiterhin in das und aus dem Land führt.** Wir denken, dass sich die burundischen Bürger nicht nur durch ihre Regierung auf ihrem Weg dem Frieden entgegen geschützt und unterstützt fühlen werden, sondern sie werden dadurch ein unerlässliches Vorrecht für die Schaffung der Basis für die Entwicklung des Landes erhalten; eine Entwicklung, die nur durch die Bedingung des engen Vertrauens und der Mitarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Demokratie, den Führern und Bürgern, möglich ist.

Wir legen diesem Schreiben all die Unterschriften derjenigen bei, die sich für die Lage in Burundi und all den anderen Ländern, die in einer Situation des Krieges und der Gewalt leben, interessieren und die sich dazu entschlossen haben, diese Kampagne zu unterstützen.

In Erwartung einer konkreten Antwort, verbleiben wir mit herzlichen Grüßen und wünschen Ihnen aufrichtig alles Gute für Ihre Arbeit.